

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan · Telefon (075) 232 42 42 · Fax Redaktion (075) 232 29 12 · Fax Inserate (075) 232 95 46 · Amtliches Publikationsorgan · 80 Rp.

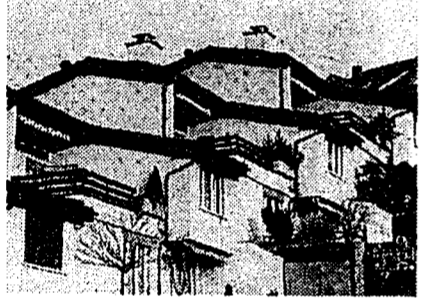
AKTUELL

Tote Frau im Rhein

(LPFL) - Am Montag vormittag entdeckte ein Spaziergänger auf einer Kiesbank im Rhein unterhalb der Ruggeller Rheinbrücke eine tote Frau. Durch die Ermittlungen der Landespolizei konnte die Identität der in der Schweiz wohnhaften Frau geklärt werden. Der Wagen der Frau wurde unweit der Rheinbrücke Haag-Bendern parkiert aufgefunden. Der Untersuchungsrichter ordnete eine Obduktion an, um die Todesursache zu klären.

Bauwirtschaftsmassnahmen

Bern (AP) Die Schweizerische Bauwirtschaftskonferenz (SBK) hat Bundesrat und Parlament aufgefordert, den Investitionsbonus um 200 Millionen Franken aufzustocken. Mit dem Instrument seien bis heute 10 000 Arbeitsplätze erhalten worden, sagte SBK-Präsident Erwin Grimm am Dienstag in Bern. Ein Aufschwung in der Bauwirtschaft sei trotz verbesserten Bedingungen



zunächst nicht absehbar. Trotz einer gewissen ordnungspolitischen Problematik sei antizyklisches Verhalten des Staates in der heutigen Situation weiter dringend gefragt, sagte Grimm an der SBK-Plenarversammlung gemäss vorab veröffentlichtem Redetext weiter. Im Bauhauptgewerbe seien in der Rezession 38 000 von 171 000 Arbeitsplätzen verloren gegangen. Mit dem Investitionsbonus des Bundes seien 10 000 Arbeitsplätze erhalten worden.

Post und Telecom

Bern (AP) Einer Aufteilung der PTT-Betriebe in eine Post und eine Telecom steht die Bundesverfassung nicht im Wege. Im Interesse einer flächendeckenden Grundversorgung sollte jedoch eine neue Dachorganisation geschaffen werden. Ein Gutachten empfiehlt zudem, dass die PTT eine öffentliche Unternehmung bleiben, sich aber eine Rechtsform nach dem Modell von Nationalbank oder ETH geben.

Das am Dienstag in Bern veröffentlichte Gutachten des Genfer Rechtsprofessors Blaise Knapp kommt zum Schluss, dass die Bundesverfassung den PTT keine Organisationsform vorschreibt. Die derzeitige Form eines organisch autonomen, rechtlich aber unselbständigen Betriebs genüge jedoch nicht mehr. Eine neue Rechtsform müsse dafür sorgen, dass die PTT ihre öffentlichen Aufgaben im Monopolbereich weiter erbringen, zugleich aber in den privatisierten Gebieten mithalten und mit ausländischen Partnern Verträge abschliessen könne. Knapp rückt in dieser Optik zwei Modelle in den Vordergrund: Ein öffentlich-rechtlicher Betrieb mit dem Status einer Aktiengesellschaft und eine organisatorisch und rechtlich vom Bund unabhängige öffentliche Unternehmung.

Werden Landtagsitzungen schon bald in Schaan abgehalten?

Der Schaaner Gemeinderat bietet den Rathaussaal als Tagungsstätte für das Parlament an - Lässt die Verfassung einen «Umzug» zu?

(mö) - Nach dem wuchtigen Nein des Liechtensteiner Stimmvolkes zum Verpflichtungskredit für die Neugestaltung des Regierungsviertels, in deren Mittelpunkt der Bau eines neuen Landtagsgebäudes stand, wird unser Parlament seine Sitzungen wohl noch über etliche Jahre hinweg in provisorischen Unterkünften abhalten müssen. Gegenwärtig ist es der Vortragssaal der Liechtensteinischen Musikschule in Vaduz. Um zumindest der prekären Raumnot Abhilfe zu verschaffen, hat der Schaaner Gemeinderat nun der Regierung den Rathaussaal in Schaan als Tagungsstätte für den Landtag angeboten. Gegen diese «Übergangslösung» könnten jedoch verfassungsrechtliche Bestimmungen sprechen.

Dem Gemeinderat von Schaan, der die Thematik gemäss soeben veröffentlichtem Protokoll in der Sitzung vom 20. Oktober behandelte, ist nach einer Anfrage vom Landtagssekretariat mitgeteilt worden, dass eine Dislokation des Landtages in ein anderes Gebäude in oder ausserhalb der Gemeinde Vaduz schon mehrmals diskutiert worden sei. Diese Diskussionen seien jedoch immer mit dem Hinweis auf die Verfassung des Fürstentums Liechtenstein beendet worden.

Bedenken wegen der Verfassung

Die Bedenken beziehen sich auf Artikel 53 der Verfassung, wo es im ersten Satz heisst: «Die Abgeordneten haben auf die ergangene Einberufung persönlich am Sitze der Regierung zu erscheinen». Es ist laut Landtagssekretariat immer darauf hingewiesen worden, dass es einer Verfassungsänderung bedürfe, um in eine andere Gemeinde zu dislozieren. Die Bestimmung, wonach die Abgeordneten «am Sitze der Regierung» zu erscheinen haben, wurde aus der alten Verfassung vom 26. September 1862 übernommen.



Der Schaaner Gemeinderat hat der Regierung den renovierten und umgebauten Rathaussaal als Tagungsstätte für den Landtag angeboten, bis eine endgültige Lösung gefunden werden kann. (Archivbild)

Der Artikel 49 der Verfassung besagt, dass «die regelmässige Einberufung des Landtages zu Anfang eines jeden Jahres mittels landesfürstlicher Verordnung unter Bezeichnung von Ort, Tag und Stunde der Versammlung stattfindet». Diese Bestimmung bezieht sich nur auf die Eröffnungssitzung. Im gleichen Verfassungsartikel heisst es weiter: «Innerhalb des Jahres ordnet der Präsident die Sitzungen an». Die Verfassung könnte nun auch so interpretiert werden, hält der Schaaner Gemeinderat im Sitzungsprotokoll fest, dass Artikel 53 als allgemeine Vorschrift und Artikel 49 der Verfassung als «lex specialis» angesehen werde und deshalb der allgemeinen Bestimmung vorgehe. In diesem Sinne wäre das Staatsoberhaupt nicht an die allgemeine Vorschrift gebunden, schreibt die Gemeindevertretung.

Mit neun Stimmen beschloss der Gemeinderat schliesslich, der Regierung das Angebot zu unterbreiten, Landtagsitzungen im renovierten und umgebauten Schaaner Rathaussaal abzuhalten, bis eine definitive Lösung gefunden wird. Eine Antwort aus Vaduz liegt bislang noch nicht vor, wie uns Vorsteher Hansjakob Falk gestern auf Anfrage mitteilte.

Diverse Tagungsorte für Landtag

Bis zur Erhöhung der Abgeordnetenzahl, die auch eine Verlegung der Tagungsstätte in die Musikschule erforderlich machte, fanden die Landtagsitzungen in dem im Jahre 1905 bezogenen Regierungsgebäude statt. Zuvor diente ein Gebäude als Tagungsort, das man heute in Vaduz nicht mehr vorfindet: In der gegenwärtigen Baulücke zwischen Landes-

museum und Engländerbau stand bis 1970 die alte Realschule, die ursprünglich in den Jahren 1866/67 nach Plänen des damaligen Landestechnikers Peter Rheinberger als Landtagsgebäude errichtet worden war. Am 18. Mai 1868 konnte der Landtag erstmals im neu erbauten Sitzungssaal tagen. Das Gebäude, das später vor allem als «Landgerichtsgebäude» bezeichnet und 1970 abgebrochen wurde, um Platz für das damals projektierte Kunsthause mit Landesbibliothek zu schaffen, diente bis zum Bau des Regierungsgebäudes dem Landtag als erstes eigenes und für die damalige Zeit grosszügiges Parlamentsgebäude.

In den Anfangsjahren des Landtages, von 1862 bis 1867, hielten die Abgeordneten ihre Sitzungen im Gasthaus «Kirchthaler» (heute Vaduzerhof) ab.

Optimismus in der liechtensteinischen Wirtschaft

Amt für Volkswirtschaft veröffentlichte Konjunkturtest für das 3. Quartal 1993

(G.M.) - Die Wirtschaft des Fürstentums Liechtenstein erwartet gegen Jahresende mit einem konjunkturellen Aufschwung, nachdem die erwartete Aufwärtsbewegung im 3. Quartal 1993 nicht im erhofften Ausmass eingetroffen ist. Nach den Ergebnissen des Konjunkturtests, der vom Amt für Volkswirtschaft veröffentlicht wurde, hat die allgemeine Situation in der Industrie und im produzierenden Gewerbe im 3. Quartal keine wesentliche Änderung erfahren. Die Unternehmen erwarten jedoch für das Schlussquartal ein besseres Ergebnis als in den Vorquartalen.

Der Konjunkturtest für das 3. Quartal 1993 erzielte eine Rücklaufquote von 58,6 Prozent bei den angefragten Firmen der Industrie und des produzierenden Gewerbes und von 86,1 Prozent bei der Gewichtung nach der Anzahl der Beschäftigten, was repräsentative Rückschlüsse auf die tatsächliche Situation in diesem Wirtschaftszweig erlaubt.

Verbesserung der Lage

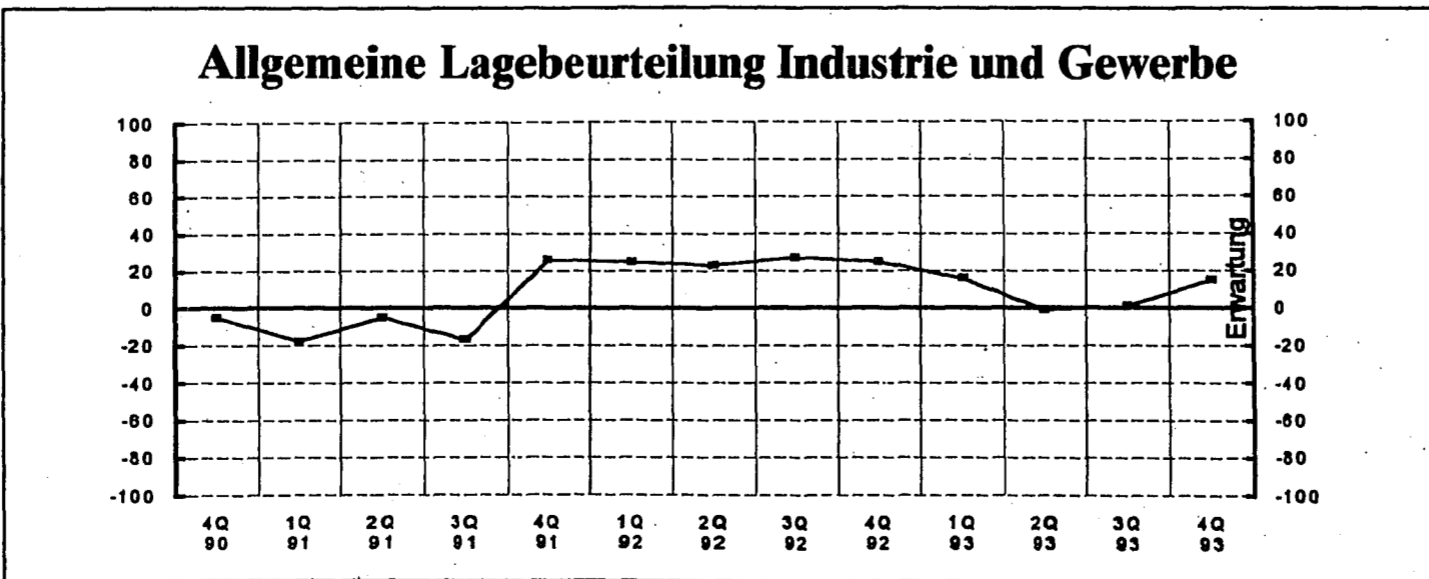
Für das 3. Quartal berichten 39 Prozent der Unternehmen einen befriedigenden, 31 Prozent einen guten und 30 Prozent einen schlechten wirtschaftlichen Verlauf. Einen leichten Aufschwung prognostizieren die Betriebe mit einer Verbesserung ihrer Situation, indem 38 Prozent von einem befriedigenden, 39 Prozent von einem guten und 23 Prozent von einem schlechten Verlauf ausgehen. Der Auslastungsgrad der Anlagen war nach den Erhebungen im 3. Quartal schlechter als im Vorquartal.

Dieses Ergebnis kommt aus der Mischrechnung von 58 Prozent mit gleichbleibender, 17 Prozent mit steigender und 25 Prozent mit rückläufiger Auslastung zustande. Nur unwesentliche Änderungen prognostizieren die Betriebe für das 4. Quartal, weil 57 Prozent der Unternehmen keine Änderung erwarten, 32 Prozent mit einer rückläufigen

Auslastung und 11 Prozent mit einem steigenden Auslastungsgrad rechnen.

Zuwachs an Aufträgen wird erwartet

Im Berichtsquartal, also im Zeitraum von Juli bis September, ist nach Angaben der Firmen die erwartete Aufwärtsbewegung der Auftragsgänge nicht eingetroffen. Aber für die kommenden Monate bis zum Jahresende erwarteten die Unternehmen bei der Befragung Anfangs Oktober einen Zuwachs. Vorausschauend erwarten rund 45 Prozent der Unternehmen einen steigenden oder gleichbleibenden Auftragsgang, die restlichen 10 Prozent rechnen mit einem rückläufigen Ergebnis. Die Ertragslage blieb während des gesamten bisherigen Berichtsjahres ungefähr stabil. Auch in Zukunft wird sich nach den Erwartungen der Betriebe nicht viel ändern: 62 Prozent der Unternehmen prognostizieren gleichbleibende, 21 Prozent steigende und 17 Prozent rückläufige Erträge.



Schweiz erfreut über EG-Offerte

Bern (spk) Der Bundesrat hat am Dienstag die neue Offerte der EG für bilaterale Verhandlungen als «positive Ausgangslage» begrüsst. Er will das Verhandlungsmandat der Schweiz rasch ausarbeiten, damit eine baldige Aufnahme von Verhandlungen möglich werde.

Die EG-Aussenminister hatten am Montagabend grünes Licht für die Verhandlungen mit der Schweiz gegeben und einem Vorschlag der belgischen EG-Ratspräsidentschaft zugestimmt, der den Wünschen Berns in einigen Punkten entgegenkommt. So soll in erster Priorität nicht nur über Luft- und Strassenverkehr und den freien Personenverkehr gesprochen werden, sondern auch über den Marktzugang von Landwirtschaftsprodukten, über Zusammenarbeit in der Forschung, technische Handelshemmnisse und die gegenseitige Zulassung von Firmen zu öffentlichen Aufträgen.

Entgegen den Vorschlägen der EG-Kommission werden die einzelnen Verhandlungsbereiche nicht mehr eng miteinander verknüpft.

Beim freien Personenverkehr sei die Schweiz durchaus zu Konzessionen bereit, allerdings mit Übergangsfristen wie beim EWR, erläuterte Delamuraz.

Mehr Spielraum

Beim Europa-Integrationsbüro des Bundes sieht man vor allem in der Ausweitung der Verhandlungsthemen eine grosse Chance. Dies erlaube in den Verhandlungen eher, Lösungen in strittigen Punkten zu finden, erklärte Pressesprecher José Bessard auf Anfrage.

Orientteppiche
Werner Hilbe
Güfer 100 · 9497 Triesenberg
Neue Auswahl Tibeter Teppiche
eingetroffen